

# Entwicklungsleitbild 2021–2030



**Herausgeber**

Regierungsrat des Kantons Aargau  
Regierungsgebäude  
5001 Aarau  
[www.ag.ch](http://www.ag.ch)

**Grafik Titelbild**

Saatchi & Saatchi Zürich AG

**Druck**

Druckerei AG Suhr  
Klimaneutral gedruckt auf Magno-Satin FSC®



Die UNO-Agenda 2030 ist der globale Referenzrahmen für nachhaltige Entwicklung und der Bezugspunkt für die Nachhaltigkeitspolitik der Schweiz. Das vorliegende Entwicklungsleitbild 2021–2030 trägt zur Erfüllung der Agenda 2030 im Kanton Aargau bei.

**Copyright**

© 2021 Kanton Aargau

# Aargau 2030 – Für die Menschen im Aargau

Der Kanton Aargau bietet seinen Einwohnerinnen und Einwohnern eine hohe Lebens- und Wohnqualität und seinen Unternehmen gute Standortqualitäten. Der Aargau ist als attraktiver Wohnkanton beliebt. Dies zeigt das im schweizerischen Vergleich überdurchschnittliche Bevölkerungswachstum der letzten Jahre. Der Aargau verfügt auch über eine breit diversifizierte Wirtschaft mit vielen kleinen, mittleren und einigen grossen Unternehmen. Als Kanton mit der viertgrössten Bevölkerung der Schweiz weist der Aargau allerdings ein unterdurchschnittliches Wachstum bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf. Die Anzahl Unternehmen relativ zur Bevölkerungsgrösse liegt zudem deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt.

Das aktualisierte Entwicklungsleitbild 2021–2030 enthält ein langfristiges Zukunftsbild «Aargau 2030» und beschreibt den Weg Richtung «Aargau 2030» entlang von sieben Strategien: Nach der erfolgreichen Haushaltsanierung soll der Kantonshaushalt weiter stabilisiert und mit mehreren, aufeinander abgestimmten Massnahmen eine nachhaltige Entwicklung des Wohn- und Wirtschaftskantons Aargau sichergestellt werden. Dazu werden verschiedene Programme und Vorhaben lanciert. Mit einem Massnahmenpaket Steuern beispielsweise will der Regierungsrat Voraussetzungen und Anreize für innovative unternehmerische Aktivitäten und damit auch für neue Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung schaffen. Ergänzend dazu lanciert der Regierungsrat ein Programm «Aargau 2030 – Stärkung Wohn- und Wirtschaftsstandort».

Weiter sollen Nutzen bringende Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung sowie zum Erhalt der Biodiversität forciert werden. Verschiedene Schwerpunkte aus der letzten Legislaturperiode behalten ihre Bedeutung: Der Regierungsrat will die Digitalisierung und Modernisierung der kantonalen Verwaltung und ihrer Kundendienstleistungen weiter vorantreiben. Zudem wird eine neue Gesundheitspolitische Gesamtplanung (GGpl) erarbeitet.

Die finanzielle Langfristperspektive ergänzt das Entwicklungsleitbild mit einer finanziellen Betrachtung und soll helfen, künftig Finanzierungslücken zu vermeiden und den finanzpolitischen Handlungsspielraum für die innovative und nachhaltige Entwicklung des Kantons zu gewährleisten.

Der Regierungsrat zeigt im vorliegenden Entwicklungsleitbild 2021–2030 auf, wie er die guten Voraussetzungen des Kantons für das Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner und der Wirtschaft nachhaltig nutzen will. Er ist sich bewusst, dass die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik noch nicht im vollen Umfang absehbar sind. Er behält sich deshalb vor, seine auf lange

Frist ausgerichteten Strategien in der Mitte der laufenden Legislaturperiode zu überprüfen und allenfalls auch anzupassen.

Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 hat viele Gewissheiten erschüttert. Einschneidend sind auch die Massnahmen für die Eindämmung der Pandemie sowie zur Abfederung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen. Gerade in Zeiten grosser Unsicherheit ist es besonders wichtig, vorausschauend den Blick auch in die weitere Zukunft zu richten. Es gilt zusätzlich zu den kurzfristigen Massnahmen zur Linderung der Not die Voraussetzungen für den Wohn- und Wirtschaftsstandort Aargau weiter zu verbessern, damit sich die Gesellschaft und die Wirtschaft nach der Eindämmung der Pandemie umso stärker entfalten können. Damit wird der Wohlstand gesichert zum Wohle der Gesellschaft und unter Wahrung der natürlichen Ressourcen.

Der Regierungsrat erhofft sich mit dem Entwicklungsleitbild «Aargau 2030 – Für die Menschen im Aargau» eine konstruktive Diskussion über den Kanton Aargau sowie vielfältige Anstrengungen in eine gemeinsame Richtung – Für die Menschen im Aargau.

DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS AARGAU

Aarau, im April 2021

# Aufbau des Entwicklungsleitbilds

Das Entwicklungsleitbild 2021–2030 umfasst vier Elemente: Das Zukunftsbild «Aargau 2030» zeigt, in welche Richtung sich der Kanton Aargau bis 2030 entwickeln soll. Mit den Strategien legt der Regierungsrat fest, wie er die Entwicklung des Kantons in Richtung des Zukunftsbilds «Aargau 2030» unterstützen und was er bis 2030 erreichen will. Die Handlungsgrundsätze zeigen, worauf der Regierungsrat und die kantonale Verwaltung beim Umsetzen der Strategien achten wollen. Schliesslich wird mit der finanziellen Langfristperspektive die Entwicklung des Kantonshaushalts bis 2030 skizziert.

## Aufbau des Entwicklungsleitbilds 2021–2030

Zukunftsbild Aargau 2030: Wohin bis 2030?	Seite 4
Sieben Strategien des Regierungsrats: Was erreichen und wie beginnen?	Seite 5
Handlungsgrundsätze: Worauf achten?	Seite 22
Finanzielle Langfristperspektive: Was ist der finanzielle Rahmen?	Seite 23

# Zukunftsbild «Aargau 2030»

Der Regierungsrat zeichnet mit «Aargau 2030» ein langfristiges Zukunftsbild für den Kanton Aargau und richtet seine Strategien (siehe nachfolgende Kapitel) nach diesen Zielen aus. Das Zukunftsbild zeigt, in welche Richtung sich der Kanton Aargau weiterentwickeln soll und wo der Kanton im Jahr 2030 idealerweise steht.

Als Kanton mit der viertgrössten Bevölkerung verbessert der Aargau die Rahmenbedingungen weiter, um die guten Standorteigenschaften gezielter zu nutzen, attraktive Wohn- und Arbeitsstandorte zu bieten und die Wirtschaftsleistung zu erhöhen – zum Wohle der Gesellschaft und unter Wahrung der natürlichen Ressourcen.

Fortschrittliche Rahmenbedingungen begünstigen eine innovative, wertschöpfungsstarke, ressourcenschonende und diversifizierte Wirtschaft, die zukunftsorientierte Arbeitsplätze anbietet. Der Aargau weist attraktive Wohn- und Arbeitsstandorte mit lebendigen Ortszentren, einem breiten, regional verankerten Kulturangebot und naturnahen Erholungsgebieten auf. Er verfügt über qualitativ hochstehende, wohnortsnahe Bildungseinrichtungen (Volks-, Berufs- und Mittel- sowie Fachhochschulen) sowie zeitgemässe familien- und schulergänzende Betreuungsangebote. Die guten Voraussetzungen und Standorteigenschaften ermöglichen es dem Aargau, vermehrt auch einkommens- und vermögensstarke Zuzügerinnen und Zu-

zügler zu gewinnen, die Wirtschaftsleistung zu steigern und den Wohlstand zu sichern.

Möglichst viele Einwohnerinnen und Einwohner nehmen selbstbestimmt am beruflichen und gesellschaftlichen Leben teil. Die sozialen Sicherungsnetze sind bedarfsgerecht ausgestaltet und finanzierbar. Sie setzen Anreize für die aktive und eigenverantwortliche Wiedereingliederung.

Energie und Rohstoffe werden mithilfe von innovativen Ansätzen sparsam eingesetzt und natürliche Ressourcen wie Boden, Raum, Biodiversität, saubere Luft und Wasser nachhaltig genutzt. Dies ermöglicht eine Steigerung der Wertschöpfung und stärkt zugleich den Klima- und Artenschutz. Ein nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist auch im Hinblick auf die wachsende Wohnbevölkerung im Kanton geboten. Diese ist auf intakte natürliche Grundlagen und funktionierende Ökosysteme angewiesen.

Der kantonale Haushalt ist über zehn Jahre ausgeglichen und bietet Handlungsspielraum für wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen und für Investitionen in die wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Weiterentwicklung des Kantons. Ihre öffentlichen Aufgaben erfüllt die kantonale Verwaltung kundenorientiert, datenbasiert, wirksam und effizient. Bevölkerung und Unternehmen haben einen einfachen und schnellen Zugang zur Verwaltung. Der Kanton Aargau führt eine moderne Verwaltung und ist ein attraktiver Arbeitgeber.

# Strategien des Regierungsrats

Der Regierungsrat zeigt mit den folgenden sieben Strategien auf, wie er die Entwicklung des Kantons in Richtung des Zukunftsbilds «Aargau 2030» unterstützen und was er bis 2030 erreichen will. Die Strategien gliedern sich jeweils in die Abschnitte Umfeldentwicklung (Warum?), politische Ausrichtung (Was?) und Stossrichtungen (Wie?).

Die Stossrichtungen beinhalten konkrete Ansätze für die Umsetzung in den nächsten drei bis vier Jahren und zeigen, mit welchen Schritten die Zielsetzungen in den politischen Ausrichtungen erreicht werden. Der Regierungsrat überprüft die Stossrichtungen

periodisch und erneuert sie bei Bedarf in der Mitte der laufenden Legislaturperiode.

Die aktuelle Covid-19-Pandemie fordert die Menschen und die Unternehmen stark. Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie schränken das soziale Leben und die wirtschaftlichen Tätigkeiten ein. Der wirtschaftliche Einbruch führt zu höherer Arbeitslosigkeit, höheren Sozialhilfekosten, tieferen Steuereinnahmen und Mehrausgaben bei den öffentlichen Haushalten zum Abfedern der wirtschaftlichen und sozialen Not. Gleichzeitig zwingt die ausserordentliche Situation zu Anpassungen und Inno-

## Die sieben Strategien im Überblick

- 1 **Wertschöpfung ermöglichen**
- 2 **Wohnen und Arbeiten stärker verknüpfen**
- 3 **Bildungschancen weiter erhöhen**
- 4 **Gesundheitsversorgung finanzierbar und bedarfsgerecht ausgestalten**
- 5 **Klimaschutz und Klimaanpassung für Innovationen nutzen**
- 6 **Natürlichen Lebensraum gestalten und Landwirtschaft weiterentwickeln**
- 7 **Kantonshaushalt stabilisieren und staatliche Aufgabenerfüllung modernisieren**

vationen. Die Pandemie beschleunigt anhaltende Trends wie den Strukturwandel in der Wirtschaft oder die Digitalisierung in vielen Lebensbereichen.

Gerade in dieser Situation gilt es, zusätzlich zu den kurzfristigen Massnahmen zur Linderung der Not, die Voraussetzungen für den Wirtschafts- und Wohnstandort Aargau weiter zu verbessern, damit sich die Wirtschaft und die Gesellschaft nach der Pandemie umso stärker entfalten können.

## Umsetzung der Strategien

Die Umsetzung der sieben Strategien erfolgt in der laufenden Legislaturperiode in der Aufgaben- und Finanzplanung. Wichtige Stossrichtungen zur Umsetzung der Strategien werden in Form von Entwicklungsschwerpunkten oder Zielen im Aufgaben- und Finanzplan abgebildet. Zu einzelnen Stossrichtungen werden, wenn erforderlich, separate Botschaften an den Grossen Rat überwiesen.



# 1. Wertschöpfung ermöglichen

## Umfeldentwicklung

Der Standort Aargau verfügt über eine breit diversifizierte Wirtschaft, die vor allem aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) aus dem Industrie- und Dienstleistungssektor besteht. Der Industriesektor ist im kantonalen Vergleich überdurchschnittlich gross. Ausserdem ist der Aargau mit seiner Lage in der Mitte der Wirtschaftszentren der Deutschschweiz schnell erreichbar. Die Anzahl Unternehmen pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner liegt jedoch deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt.

Die exportorientierte Wirtschaft steht unter grossem Innovationsdruck. Gründe sind die internationale Konkurrenz, ein tendenziell starker Schweizer Franken, der härter werdende nationale und internationale Standort- und Steuerwettbewerb sowie weltweite Unsicherheiten (zum Beispiel Handelskonflikte und aktuell die Covid-19-Pandemie). Technologische Chancen und Herausforderungen für Industrie und Dienstleistungen ergeben sich aus schnellen und tief greifenden Entwicklungen, unter anderem durch die Digitalisierung (Online-Angebote, Industrie 4.0). Weitere Chancen eröffnen sich durch die zunehmende Nachfrage nach umwelt- und klimafreundlichen Lösungen. Eine Herausforderung bleibt die Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften.

## Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat will die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft weiter optimieren und fortschrittlich gestalten, um die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Wirtschaft zu unterstützen.
- Der Regierungsrat will dadurch den Wegzug von Unternehmen vermeiden, die Expansion von ansässigen Unternehmen fördern und wertschöpfungsstarke Unternehmen ansiedeln, insbesondere in bereits ansässigen Branchen. Dazu gehören u.a. die Pharmaindustrie, die Energie- und Elektrotechnik im Industriesektor, die Gesundheitsbranche und die Informations- und Kommunikationstechnologie im Dienstleistungssektor.
- Mit optimierten Rahmenbedingungen und einer starken Entwicklung in zukunftsfähigen ansässigen Branchen entstehen weitere attraktive Arbeitsplätze (siehe auch Strategie 2 «Wohnen und Arbeiten stärker verknüpfen»).

## Stossrichtungen

### **Arealentwicklungen und Ansiedlungen**

- Der Kanton treibt gezielt Arealentwicklungen an gut erreichbaren Standorten voran und unterstützt die Gemeinden bei der Entwicklung und Umnutzung von bestehenden Arealen, damit ansiedlungs- und expansionswillige Unternehmen ihre Bauprojekte rasch umsetzen können.
- Mit strategischem Landerwerb unterstützt der Kanton Arealentwicklungen in ausgewählten Entwicklungsgebieten, um den Prozess vom Erschliessen bis zur Baureife von Industrie- und Gewerbeland zu fördern und das Land später an ansiedlungs- und expansionswillige Unternehmen zu verkaufen.
- Der Kanton fördert das systematische regionale Flächenmanagement im Rahmen der neuen Regionalpolitik des Bundes. Im Fokus stehen regional bedeutsame Schlüsselareale für An- und Umsiedlungen, die sowohl unbebaute Flächen in Industrie- und Gewerbegebieten (Arbeitszonen) als auch Industriebrachen mit Potenzial für die hochwertige, multifunktionale Siedlungsentwicklung nach innen umfassen.
- Der Kanton investiert in das gezielte Ansiedeln von gewinnstarken und wertschöpfungsintensiven Unternehmen.

### **Innovationsförderung**

- Die Aargauer Unternehmen, insbesondere die KMU, haben weiterhin optimalen Zugang zu den besten verfügbaren Technologien und werden auch bei Innovationen in den Bereichen Digitalisierung und Dekarbonisierung unterstützt (Programm Hightech Aargau, Park INNOVARE, ANAXAM etc.). Der Schwerpunkt Energietechnologie und Ressourceneffizienz des Hightech Zentrums Aargau unterstreicht die hohe Bedeutung der Entwicklung «sauberer Technologien» (Cleantech). Der Kanton verstärkt die Kommunikation seiner Angebote in den Bereichen Innovationsförderung und Wissenstransfer.
- Der Kanton schafft ein Umfeld, welches das Erproben von Innovationen unterstützt und Impulse für Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne eines Reallabors setzt. (Dies kann von einzelnen Anlagen zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung aus der Luft über Busse mit alternativer Antriebstechnologie bis hin zu grossflächigen Smart-City-Strategien gehen.)
- Der Kanton Aargau schafft ergänzende Rahmenbedingungen, damit schnell wachsende Jungunternehmen (Start-ups) einen verbesserten Zugang zu Wachstumsfinanzierungen erhalten.
- Der Kanton Aargau setzt mit dem gezielten Ansiedeln von universitären Hochschulinstitutionen weitere Impulse für den Wissens- und Technologietransfer und für die Zusammenarbeit mit der Aargauer Wirtschaft. Er schafft damit direkt und indirekt hoch qualifizierte Arbeitsplätze.

### **Steuern juristische Personen**

- Im Spannungsfeld zwischen attraktiven steuerlichen Rahmenbedingungen und einem mittelfristig ausgeglichenen Kantonshaushalt schafft der Kanton wettbewerbsfähige steuerliche Bedingungen für die Unternehmen und ihre Entwicklung. Dazu gehört auch die Steigerung der steuerlichen Attraktivität für grosse, gewinnintensive und innovative Unternehmen.

### **Fachkräfte**

- Der Kanton Aargau fördert die Aus- und Weiterbildung von qualifizierten Fachkräften in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT), speziell im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), indem er die Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsinstitutionen, Organisationen der Arbeitswelt (OdA), Unternehmen und dem Kanton verstärkt.
- Weitere Stossrichtungen zu den Fachkräften sind unter Strategie 3 «Bildungschancen weiter erhöhen» aufgeführt.

### **Erreichbarkeit**

- Der Kanton aktualisiert das Raumkonzept und die raumpolitischen Stossrichtungen im Richtplan, damit die Zentren gestärkt und die regionalen Entwicklungsschwerpunkte für die Wirtschaft sowie das Wohnen an gut erreichbaren Lagen umgesetzt werden können.

## 2. Wohnen und Arbeiten stärker verknüpfen

### Umfeldentwicklung

Eine Vielzahl von Faktoren trägt zum attraktiven Wohnen und Arbeiten bei. Die Wohnqualität profitiert zum Beispiel von einer guten verkehrstechnischen Erreichbarkeit, von der Nähe zu Natur- und Erholungsräumen, Einkaufsmöglichkeiten und Schulen, von belebten Ortszentren und Quartieren sowie von attraktiven Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten. Essenziell sind auch eine hohe objektive Sicherheit und ein hohes subjektives Sicherheitsempfinden. Entscheidend für die persönliche Situation ist im Weiteren, dass ein passendes Wohnobjekt gefunden wird. Attraktive Arbeitsplätze und die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren, erleichtern das Verknüpfen von Wohnen und Arbeiten im Kanton Aargau.

Der Kanton Aargau ist als attraktiver Wohnkanton bekannt und beliebt. Dies zeigt das im schweizerischen Vergleich überdurchschnittliche Bevölkerungswachstum der letzten Jahre. Allerdings trägt dieses Bevölkerungswachstum im Aargau nicht zu einer gleichzeitigen Steigerung des im interkantonalen Vergleich unterdurchschnittlichen volkswirtschaftlichen Wachstums bei. Die Quote der Beschäftigten in Aargauer Arbeitsstätten (in Vollzeitäquivalenten pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner) liegt zudem deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt. Entsprechend pendeln zahlreiche Aargauerinnen und Aargauer für die Arbeit in die umliegenden Wirtschaftszentren.

Der anhaltende wirtschaftliche Strukturwandel und die steigenden Ansprüche an die Arbeitskräfte führen dazu, dass es insbesondere für Personen mit ungenügender Ausbildung schwieriger wird, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

### Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat will das Wohnen und Arbeiten im Aargau enger verknüpfen und die Voraussetzungen dazu optimieren, auch mit Blick auf einkommens- und vermögensstarke Einwohnerinnen und Einwohner.
- Der Regierungsrat will die Hürden für die Weiterbildung von ungenügend qualifizierten Arbeitskräften senken und diese so besser in den Arbeitsmarkt integrieren (siehe Strategie 3 «Bildungschancen weiter erhöhen»).

## Stossrichtungen

### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

- Der Kanton unterstützt die Gemeinden, damit sie in Zusammenarbeit mit den Schulen vor Ort (siehe Strategie 3 «Bildungschancen weiter erhöhen») eine bedarfsgerechte familien- und schulergänzende Kinderbetreuung anbieten können. Neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf legt er ein Augenmerk auf die Vereinbarkeit mit der Miliz- und Freiwilligenarbeit. Diese ist für das Funktionieren der Gemeinden ebenso wichtig wie für den sozialen Zusammenhalt.

### **Siedlungen und Erreichbarkeit**

- Der Kanton fokussiert die Richt- und Nutzungsplanung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Regionalplanungsverbänden verstärkt auf attraktive und lebendige (grössere) Zentren und Dorfkerne, die optimal erreichbar sind.
- Stossrichtungen zu natürlichen Lebensräumen und attraktiven Naherholungsgebieten sind unter der Strategie 6 «Natürlichen Lebensraum gestalten und Landwirtschaft weiterentwickeln» aufgeführt.

### **Kultur und Sport**

- Der Kanton ermöglicht der Bevölkerung Zugang zu einem breiten Kulturangebot und schafft weiterhin bedarfsgerechte Voraussetzungen, damit sich Kinder, Jugendliche und Erwachsene auf allen Leistungsstufen bestmöglich sportlich betätigen können. Ein vielfältiges Kulturangebot im Kanton Aargau sowie die Möglichkeit der sportlichen Betätigung leisten einen Beitrag zu einem attraktiven Wohnstandort und fördern den gesellschaftlichen Austausch.

### **Steuern natürliche Personen**

- Im Spannungsfeld zwischen attraktiven steuerlichen Rahmenbedingungen und einem mittelfristig ausgeglichenen Kantonshaushalt bietet der Kanton Aargau gute steuerliche Konditionen für den Mittelstand und verfolgt interkantonal vergleichbare Bedingungen bei tiefen Einkommen. Die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit für einkommensstarke und vermögende Personen wird verbessert.

### **Sicherheit und Bevölkerungsschutz**

- Der Kanton entwickelt die Polizei und die Staatsanwaltschaft weiter, um die Sicherheit in einem sich permanent verändernden Umfeld sowie bei ausserordentlichen Ereignissen gewährleisten und mit neuen Kriminalitätsformen Schritt halten zu können. Er richtet die Strukturen und Vorgehensweisen der Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Gerichte und des Justizvollzugs auf die zukünftigen Herausforderungen aus. Der engen und wirksamen Zusammenarbeit kommt dabei grosse Bedeutung zu – sowohl zwischen diesen vier Bereichen als auch zwischen den Kantonen.
- Der Kanton entwickelt den Schutz der Bevölkerung vor Gefahren und Bedrohungen sowie die rechtzeitige Information der Bevölkerung auf Basis der gewonnenen Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie weiter.

# 3. Bildungschancen weiter erhöhen

## Umfeldentwicklung

Die Aargauer Bevölkerung verfügt im interkantonalen Vergleich über überdurchschnittlich viele qualifizierte Berufsabschlüsse. Im gesamtschweizerischen Vergleich ist die nachobligatorische Ausbildung stärker berufsorientiert ausgerichtet. Beim Anteil der Bevölkerung, der über eine höhere Berufs- oder Hochschulbildung (Tertiärstufe) verfügt, liegt der Kanton Aargau unter dem Schweizer Durchschnitt.

Die Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft an die obligatorischen und nachobligatorischen Schulen steigen. Die Schule wird zudem stärker durch eine pluralistische Gesellschaft mit unterschiedlichen Wertvorstellungen herausgefordert. Kreativität, kritisches Denken, die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und zum Kommunizieren gewinnen stark an Bedeutung. Diese Tendenz wird durch die technische Entwicklung und die Digitalisierung in vielen Arbeits- und Lebensbereichen akzentuiert. Stetiges Weiterbilden ist deshalb in fast allen Berufszweigen und auf allen Bildungsniveaus besonders wichtig.

Der Kanton Aargau ist Standort von renommierten Forschungsinstitutionen wie dem Paul-Scherrer-Institut (PSI) und der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) sowie einer Reihe von privaten Forschungseinrichtungen. Der globale Wettbewerb um Forschungs- und Innovationsstandorte nimmt weiter zu. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Innovation im Aargau ist auf ein leistungsfähiges Schweizer Hochschulnetz angewiesen.

## Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat will, dass möglichst alle jungen Erwachsenen einen Berufs- oder Mittelschulabschluss erlangen (Bildungsziel: 95% der 25-Jährigen).
- Der Regierungsrat will, dass die Volksschule und die familien- und schulergänzenden Betreuungsstrukturen die Erwerbstätigkeit der Eltern ermöglichen.
- Der Regierungsrat will die Weiterbildungsbereitschaft steigern, insbesondere auch bei niedrig qualifizierten Arbeitskräften und in Branchen mit erhöhtem Fachkräftemangel (zum Beispiel Informations- und Kommunikationstechnologie oder Gesundheit). Mit gezielten Anreizen wird die notwendige berufliche Mobilität in besonders nachgefragten Berufsfeldern gefördert.

## Stossrichtungen

### Frühförderung

- Der Kanton fördert die Deutschkenntnisse von Kindern mit Deutsch als Zweitsprache bereits vor dem Kindergarten, um die Voraussetzungen für deren Bildungserfolg zu verbessern.
- Der Kanton fördert und unterstützt Kinder mit Beeinträchtigungen und Entwicklungsgefährdungen zur Vermeidung späterer, aufwendigerer Massnahmen.

### Volksschule

- Der Kanton unterstützt die Schulen und Gemeinden bei der digitalen Transformation im Bildungsbereich und stärkt die digitalen Kompetenzen der Lehrpersonen in der Aus- und Weiterbildung.
- Der Kanton fördert gezielt Jugendliche mit hohem Bildungspotenzial aus sozial schwachen Familien. Dadurch steigen ihre Chancen auf den Eintritt in eine anspruchsvolle Berufslehre oder eine Mittelschulbildung.

### Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- Der Kanton fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf seitens der Aargauer Schulen (zum Beispiel mit Blockzeiten, Aufgabenhilfen und Tagesschulen) und stimmt diese mit den jeweiligen Betreuungsangeboten (zum Beispiel Mittagstisch, Nachmittagsbetreuung) der Gemeinden ab.

### Mittelschulen

- Der Kanton sichert den Schulraum der Kantonsschulen mit Blick auf die steigenden Schülerzahlen. Neben Erweiterungsbauten an bestehenden Kantonsschulen

realisiert er zwei neue Mittelschulen: eine im Fricktal sowie eine weitere im Aargauer Mittelland.

### Hochschulen

- Die Stossrichtungen zu den Hochschulen sind unter Strategie 1 «Wertschöpfung ermöglichen» (Innovationsförderung) aufgeführt.

### Weiterbildung, Ein- und Wiedereinstiege in das Arbeitsleben, Umstiege im Arbeitsleben

- Der Kanton senkt die Hürden für die Weiterbildung von niedrig qualifizierten Arbeitskräften und für den Erwerb und den Erhalt von Grundkompetenzen Erwachsener. Damit fördert er die selbstbestimmte Teilnahme am beruflichen und gesellschaftlichen Leben. Zu diesem Zweck entwickelt der Kanton auch die interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen dem Kantonalen Sozialdienst, dem Amt für Wirtschaft und Arbeit, der Abteilung Sonderschulung, Heime und Werkstätten sowie der Invalidenversicherung Aargau unter Einbezug der Berufsberatung/Berufsbildung weiter.
- Der Kanton gewinnt in Zusammenarbeit mit den Wirtschafts- und Berufsverbänden, Bildungsinstitutionen und potenziellen Nutzern des Bildungsangebots Erkenntnisse zur beruflichen Mobilität im Rahmen der Erst- und Zweitausbildung, um die berufliche Qualifikation zu erhöhen und den Fachkräftemangel zu reduzieren.
- Der Kanton unterstützt die beruflich-soziale Integration und die aktive gesellschaftliche Teilnahme von Menschen mit Beeinträchtigungen durch das Bereitstellen von entsprechenden Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt.

# 4. Gesundheitsversorgung finanzierbar und bedarfsgerecht ausgestalten

## Umfeldentwicklung

Die Schweiz und der Kanton Aarau verfügen über eine qualitativ hochstehende, aber auch kostenintensive Gesundheitsversorgung.

Das Gesundheitswesen verändert sich stetig: Der medizinischtechnische Fortschritt bringt Diagnosen und Therapien hervor, die die Lebenserwartung und Lebensqualität erhöhen. Die neuen Diagnosen und Therapien ermöglichen einerseits kostengünstigere ambulante Behandlungen, sie können andererseits aber auch kostentreibend wirken, weil sie teuer sind oder zu einer Mengenausweitung führen. Auch die Alterung der Bevölkerung führt zu einer erhöhten Nachfrage nach Leistungen der ärztlichen Grundversorgung und Pflege. Durch die erhöhte Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen steigt der Bedarf an Fachkräften im Gesundheitsbereich. Die bereits bestehende hohe Spezialisierung in der Versorgung wird zudem weiter ansteigen. Auch das Interesse der Bevölkerung an Gesundheitsinformationen nimmt zu.

## Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat will die Leistungserbringer im Gesundheitswesen eng vernetzen und die Gesundheitsversorgung bedarfsgerecht ausrichten. An den Schnittstellen funktioniert das System auf digitaler Basis.
- Der Regierungsrat will ein Gesundheitswesen, das die Menschen zu einem selbstverantwortlichen Umgang mit Gesundheit und Krankheit befähigt.
- Der Regierungsrat will eine qualitativ hochstehende und finanziell tragbare Gesundheitsversorgung.



## Stossrichtungen

### **Gesundheitsversorgung**

- Der Kanton schafft die notwendigen Voraussetzungen für eine integrierte (d.h. die ganze Behandlungskette umfassende) und digital vernetzte Versorgungsstruktur. Alle Aargauer kennen das elektronische Patientendossier und entscheiden sich mehrheitlich für eine aktive Nutzung. Dies führt dank höherer Effizienz zu Kostenminderungen im Gesundheitswesen.
- Komplex-spezialisierte medizinische Eingriffe werden ausschliesslich an den Zentrumsstandorten in Aarau und Baden durchgeführt. Hoch spezialisierte Eingriffe erfolgen national koordiniert.
- Die Regionalspitäler funktionieren als Gesundheitszentren. Sie erbringen ein auf die Grösse ihres Einzugsgebiets ausgerichtetes Angebot an Gesundheitsdienstleistungen. Das Angebot der Gesundheitszentren beinhaltet die Sicherstellung der akutstationären Grundversorgung sowie ambulante Leistungen in allen drei Bereichen (Akutsomatik, Psychiatrie und Rehabilitation).
- Durch eine inner- und interkantonale Koordination verhindert der Kanton ein Überangebot an Leistungen und damit eine steigende Nachfrage. Personen, die nicht spitalbedürftig sind, werden im Sinne einer wirtschaftlichen und zweckmässigen Behandlung zudem ambulant versorgt.

### **Finanzierung aus einer Hand**

- Um finanziell getriebene Fehlanreize zu beseitigen und das kostenmindernde Potenzial der integrierten Versorgung auszuschöpfen, prüft der Kanton, wie die heute kanton- und kommunal finanzierten Gesundheitsleistungen (Spital, Langzeitversorgung und Ergänzungsleistungen) aus einer Hand finanziert werden können.

### **Pilotprojekte**

- Der Kanton fördert das Erproben, Durchführen und Evaluieren neuer Versorgungsmodelle (Pilotprojekte), falls diese der medizinischen, versorgungstechnischen oder wirtschaftlichen Verbesserung dienen.

# 5. Klimaschutz und Klimaanpassung für Innovationen nutzen

## Umfeldentwicklung

Der Kanton Aargau trägt mit der Wasserkraftnutzung und den Kernkraftwerken wesentlich zur Stromproduktion und Versorgungssicherheit in der Schweiz bei. Deshalb hat er sich zu einem wichtigen Standort für die Energieforschung und für Energie- und Elektrotechnik-Unternehmen entwickelt. Gleichzeitig befindet sich der Energiekanton Aargau in einem starken Wandel: Die Kernkraft wird langfristig ersetzt, und die technologische Entwicklung (insbesondere die Digitalisierung) sowie der Klimawandel stellen Herausforderungen dar, eröffnen aber auch neue Chancen. Die grosse Wissensbasis im Aargau ist eine gute Voraussetzung, um innovative Techniken und Verfahren zur weiteren Reduktion der Treibhausgasemissionen und zur Anpassung an den Klimawandel zu entwickeln – Lösungen, die weltweit Wirkung entfalten können und gleichzeitig zur Wertschöpfung im Kanton Aargau beitragen.

Die Schweiz hat sich im Rahmen des Pariser Klimaübereinkommens verpflichtet, ihren Treibhausgasausstoss zu reduzieren. Ab dem Jahr 2050 soll die Schweiz nicht mehr Treibhausgase austossen, als natürliche und technische Speicher aufnehmen können («Netto-Null»-Ziel). Dieses Klimaziel stellt sicher, dass die Schweiz ihren Beitrag zur Begrenzung der weltweiten Klimaerwärmung um maximal plus 1,5 Grad bis ins Jahr 2100 leistet.

Als Folge des Klimawandels steigen auch im Aargau die Durchschnittstemperaturen. Extremereignisse wie Trockenheit, Stürme und Starkniederschläge treten häufiger auf. Dies erfordert entsprechende Anpassungsmassnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern wie Schutz vor Naturgefahren, Siedlungsentwicklung, Wassermanagement, Gesundheit, Landwirtschaft, Waldwirtschaft oder Erhalt der Biodiversität.

## Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat will die Ziele und Massnahmen des Bundes unterstützen, um die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf «Netto-Null» zu senken. Zudem unterstützt er die Ziele des Bundes in Bezug auf die Anpassung an den Klimawandel.
- Der Regierungsrat will geeignete Massnahmen im Kompetenz- und Verantwortungsbereich des Kantons zur Reduktion von Treibhausgasen sowie zur Anpassung an den Klimawandel umsetzen und als Chance für Innovationen nutzen.
- Der Regierungsrat will mittels optimierter Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und einer auch auf den Klimaschutz und die Klimaanpassung ausgerichteten Innovationsförderung den Forschungs- und Hightech-Standort stärken und damit zu Lösungen im In- und Ausland sowie zur Wertschöpfung im Kanton Aargau beitragen (siehe auch Strategie 1 «Wertschöpfung ermöglichen»).

## Stossrichtungen

### Energieversorgung

- Der Kanton fördert eine einheimische, sichere und dezentrale Energieversorgung mittels Energieeffizienz, Solarenergie und Abwärmenutzung. Mit dem «Förderprogramm Energie» werden Massnahmen an der Gebäudehülle, die Wärmeerzeugung mit erneuerbaren Energien oder Abwärme sowie Pilotanlagen unterstützt. Damit wird eine Wertschöpfungssteigerung im Inland bei gleichzeitiger Reduktion des Einsatzes fossiler Energien verfolgt.

### Klimaschutz

- Der Kanton setzt mit seinen Klimaschutzmassnahmen bei den wichtigsten Treibhausgasemittenten an und konzentriert sich auf die Handlungsfelder Verkehr, Gebäude, Kreislaufwirtschaft, Landwirtschaft, Wald (Kohlenstoffspeicher), Beteiligungen sowie Innovationsförderung. Der Kanton ergreift jene Massnahmen, die einen grossen Nutzen bei gleichzeitig tragbaren Kosten generieren.

### Klimaanpassung

- Bei der Klimaanpassung stehen der Umgang mit Hitzeperioden und länger andauernder Trockenheit sowie das Management von häufiger auftretenden Starkniederschlägen im Fokus. Der Kanton konzentriert seine Massnahmen zur Klimaanpassung deshalb auf die Handlungsfelder Wasserspeicherung, Wassermanagement und Trinkwasserversorgung, ökologische Infrastruktur, Landwirtschaft, Waldmanagement, hitzeangepasste Siedlungsentwicklung, klimabedingte Naturgefahren sowie Leben und Arbeiten mit dem Klimawandel. Bei Anpassungen an den Klimawandel nutzt der Kanton Synergien, um Innovationen und gute Kosten-Nutzen-Verhältnisse zu ermöglichen.

### Vorbildfunktion des Kantons

- Der Kanton nimmt als Eigner von Gebäuden, als Arbeitgeber, als Beschaffer und in der kantonalen Verwaltung bezüglich Klimaschutz und Klimaanpassung eine Vorbildfunktion ein.

# 6. Natürlichen Lebensraum gestalten und Landwirtschaft weiterentwickeln

## Umfeldentwicklung

Der Kanton Aargau ist reich an vielfältigen und ökologisch wertvollen Naturräumen: Sie reichen vom Jura über die Auenlandschaften entlang der grossen Flüsse Rhein, Aare, Reuss und Limmat zu den eiszeitlich geprägten Hügellandschaften im Mittelland, den Südtälern und dem Hallwilersee. Diese Vielfalt sowie die Nähe zu den Siedlungsgebieten machen die natürlichen Lebensräume als Naherholungsgebiete attraktiv.

Der Kanton Aargau gehört zu den fünf grössten Landwirtschaftskantonen der Schweiz (43% der Kantonsfläche sind landwirtschaftliche Nutzfläche) und zu den walddreichsten Kantonen (35% der Kantonsfläche sind bewaldet). Zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche weisen für die landwirtschaftliche Produktion besonders wertvolle Böden (Fruchtfolgefleichen) auf. Die privilegierten Produktionsbedingungen, die Nähe zu den Absatzmärkten und das steigende Gesundheitsbewusstsein im Bereich Ernährung prägen die Land- und Ernährungswirtschaft.

Mit der stetig wachsenden Bevölkerung und dem anhaltend hohen Ressourcenverbrauch nimmt der Druck auf die Aargauer Natur und Landschaft durch intensive Nutzungen, Verkehr, Lichtimmissionen, Naherholung und Freizeitaktivitäten weiter zu. Ausserdem verändert der Klimawandel die Artenzusam-

mensetzung und begünstigt die Ausbreitung von invasiven gebietsfremden Pflanzen und Tieren (invasive Neobiota).

Der Bodenverbrauch ist weiterhin hoch, Nutzungskonflikte in der unbebauten Landschaft und im Wald nehmen zu. Das sich verändernde Umfeld – zum Beispiel infolge des Klimawandels, technologischer Fortschritte und gesellschaftlicher Erwartungen – führt zu neuen Herausforderungen und Chancen für die Land- und Waldwirtschaft sowie in Naherholungsgebieten und im Siedlungsgebiet.

## Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat will die natürlichen Grundlagen – insbesondere Wasser, Boden und die Biodiversität – und damit funktionsfähige Ökosysteme langfristig sichern. Er fördert die Arten- und Lebensraumvielfalt, um ihre Fähigkeit zur Anpassung an Veränderungen (Resilienz) zu stärken.
- Der Regierungsrat fördert eine leistungsfähige, umweltschonend produzierende und auf die Ernährungssicherheit ausgerichtete Landwirtschaft. Diese schafft einen Mehrwert für die Konsumentinnen und Konsumenten sowie für die Natur und Landschaft.

## Stossrichtungen

### Natürliche Grundlagen

- Der Kanton Aargau entwickelt eine ganzheitliche Wasserstrategie, unter anderem im Hinblick auf Trockenzeiten. Er stellt dadurch einen sorgsamem Umgang mit der beschränkten Ressource Wasser sicher, damit dieses Lebens- und Produktionsmittel auch in Zukunft für Mensch und Natur in ausreichendem Mass und hoher Qualität zur Verfügung steht.
- Der Kanton baut einen integralen Bodenschutz auf, um die Bodenqualität zu erhalten sowie landwirtschaftliche Nutzflächen und organische Böden aufzuwerten oder wiederherzustellen.
- Der Kanton treibt den Aufbau einer funktionsfähigen ökologischen Infrastruktur (ökologisch wertvolle Lebensräume und deren Vernetzung) zur langfristigen Sicherung der Biodiversität und ihrer Ökosystemleistungen voran. Er unterstützt die Gemeinden bei der Stärkung der Natur im Siedlungsgebiet, auch im Hinblick auf eine hochwertige Siedlungsqualität.

### Landwirtschaft

- Der Kanton gestaltet die Weiterentwicklung der Landwirtschaftspolitik des Bundes aktiv mit und setzt diese im Rahmen der eigenen Möglichkeiten um. Die Landwirtschaft soll die Wertschöpfung steigern, die betriebliche Effizienz erhöhen und die Umweltbelastung (zum Beispiel durch Pflanzenschutzmittel) sowie den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen weiter reduzieren.
- Der Kanton schafft ein Umfeld, welches das Erproben von Innovationen in der Land- und Ernährungswirtschaft unterstützt und Pilotprojekte für eine umweltschonende und wirtschaftliche Bewirtschaftung ermöglicht (zum Beispiel Anwendung von neuen Technologien im «Smart Farming»).
- Der Kanton entwickelt das Kompetenzzentrum Liebegg weiter und setzt Impulse für eine engere Vernetzung. Das Zentrum soll verstärkt als Drehscheibe zwischen Forschung, Konsumentinnen und Konsumenten sowie Produzentinnen und Produzenten wirken.
- Stossrichtungen zum Beitrag der Biodiversität und der Landwirtschaft zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung sind unter der Strategie 5 «Klimaschutz und Klimaanpassung für Innovationen nutzen» aufgeführt.

# 7. Kantonshaushalt stabilisieren und staatliche Aufgabenerfüllung modernisieren

## Umfeldentwicklung

Der Kantonshaushalt konnte bis Ende 2019 stabilisiert werden. Dazu beigetragen haben verschiedene Sanierungsprogramme sowie die «Gesamtsicht Haushaltsanierung» mit diversen Reformvorhaben. Ebenfalls zum Ausgleich beigetragen haben höhere Beiträge aus dem nationalen Finanzausgleich sowie höhere Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank. Damit besteht eine gute Grundlage zur Bewältigung von neuen Herausforderungen, die sich durch kurzfristige Entwicklungen wie die Covid-19-Pandemie sowie längerfristige Entwicklungen wie das Bevölkerungswachstum ergeben können.

Die Bevölkerung des Kantons Aargau wächst pro Jahr um gut 7000 Personen (plus 1,1 Prozent/Jahr). Mit dem Bevölkerungswachstum nimmt der Umfang der Leistungserbringung bei kantonalen Aufgaben zu. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen verändern zudem die Anforderungen an die staatlichen Dienstleistungen.

Die Bevölkerung und die Unternehmen erwarten von der öffentlichen Verwaltung einfache, schnelle und sichere Dienstleistungen und Informationen, die orts- und zeitunabhängig zur Verfügung stehen. Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben orientiert sich an funktionalen Räumen und immer weniger an Gemeinde-, Kantons- oder Landesgrenzen. Deshalb sind über Grenzen hinweg abgestimmte Lösungen erforderlich. Für Entscheide in Wirtschaft, Gesellschaft oder Politik werden transparente Grundlagen gefordert, die auch mit überprüfbaren und aussagekräftigen Daten belegt werden. Gleichzeitig verändern sich die Medienwelt und die Mediennutzung tief greifend. Dies hat weitreichende Folgen für die Kommunikation zum staatlichen Handeln.

## Politische Ausrichtung

- Der Regierungsrat will den Kantonshaushalt über eine Periode von zehn Jahren ausgeglichen gestalten, um den finanziellen Handlungsspielraum für wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen und für strategische Investitionen zur wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Weiterentwicklung des Kantons bewahren zu können.
- Der Regierungsrat will zeitgemäss kommunizieren und das Vertrauen in die politischen Entscheide sowie die Transparenz zum staatlichen Handeln stärken. Er will den einfachen und schnellen Zugang für die Bevölkerung und Unternehmen zu den staatlichen Informationen und Dienstleistungen ausbauen.
- Der Regierungsrat will die Weiterentwicklung von Gemeindestrukturen fördern und die regionale Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinaus bis hin zu Gemeindefusionen unterstützen.

## Stossrichtungen

### Kantonshaushalt

- Der Kanton stabilisiert das Ausgabenwachstum auf dem Niveau der Wirtschaftsentwicklung. Dies erfordert eine gezielte und strategische Priorisierung und Fokussierung der staatlichen Leistungen und Aufgaben. Die Grundlagen dazu bilden die finanzielle Langfristperspektive (siehe separates Kapitel) und eine transparente Finanzplanung in Varianten sowie eine Optimierung der aufgabenseitigen und finanziellen Steuerungsmöglichkeiten.

### Kommunikation

- Der Kanton verfolgt eine zeitnahe, zielgruppenspezifische und transparente Kommunikation zu den kantonalen Aufgaben und Leistungen, um das Vertrauen in die Behörden weiter zu stärken.

### Moderne Verwaltung

- Der Kanton modernisiert seine Verwaltungsprozesse laufend, um die staatlichen Aufgaben kundenorientiert und effizient erbringen zu können und die administrative Belastung von Unternehmen und Bevölkerung zu verringern.
- Der Kanton erhebt und nutzt Daten verantwortungsvoll und schützt sensible Personen- und Unternehmensdaten. Er fördert die einmalige Datenerhebung sowie den nahtlosen Austausch von Daten und macht Daten von öffentlichem Interesse einfach zugänglich.

### Zusammenarbeit

- Der Kanton nutzt die in den vergangenen Jahren intensiver gepflegten Aussenbeziehungen (international und interkantonal), um die Interessen des Kantons in interkantonalen und grenzüberschreitenden Gremien einzubringen und im Verbund wirksame und effiziente Lösungen zu erarbeiten.
- Der Kanton nutzt in der Zusammenarbeit mit den Gemeinden die bestehenden regionalen Strukturen intensiver, um partnerschaftlich wettbewerbsfähige Voraussetzungen für die Wirtschaft und das Wohnen und Arbeiten im Kanton Aargau zu schaffen (siehe Strategie 1 «Wertschöpfung ermöglichen» und Strategie 2 «Wohnen und Arbeiten stärker verknüpfen»).

### Arbeitgeber Kanton Aargau

- Der Kanton macht die kantonale Verwaltung als attraktiven Arbeitgeber weiter bekannt und bietet sinn- und perspektivenstiftende Arbeitsmöglichkeiten sowie konkurrenzfähige Anstellungsbedingungen.

# Handlungsgrundsätze

Die Handlungsgrundsätze zeigen auf, worauf der Regierungsrat beim Umsetzen der Strategien auf dem Weg zum Zukunftsbild «Aargau 2030» achtet. Die Grundsätze richten sich weiter an die Führungskräfte und die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung.

## Wirtschafts- und Wohnstandort stärken

Der Regierungsrat und die kantonale Verwaltung berücksichtigen beim Umsetzen der Strategien die Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Unternehmen, damit der Wirtschafts- und Wohnstandort weiter gestärkt werden kann. Gesundheit, Bildung, Sicherheit, eine tragfähige Infrastruktur (zum Beispiel für die Mobilität) und attraktive steuerliche Rahmenbedingungen sowie zeit- und ortsunabhängige Dienstleistungen sind die Basis, auf der sich die Unternehmen wie die Bevölkerung wirtschaftlich entwickeln und ihr Wohlergehen steigern können.

## Entwicklung nachhaltig gestalten

Der Regierungsrat und die kantonale Verwaltung orientieren sich beim Umsetzen der Strategien an den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung, welche die drei Dimensionen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt gleichwertig berücksichtigt.

## Finanziellen Handlungsspielraum bewahren

Der Regierungsrat und die kantonale Verwaltung verfolgen eine nachhaltige Finanz- und Ressourcenpolitik mit einem stabilen Kantonshaushalt, um die kantonalen Aufgaben zuverlässig erfüllen und neue Herausforderungen meistern zu können. Finanzielle Ressourcen werden wirksam und effizient eingesetzt. Künftigen Generationen sollen keine untragbaren finanziellen Lasten und keine ungelösten Aufgaben aufgebürdet werden.

## Zusammenarbeit fördern

Die weitere Stärkung des Wirtschafts-, Wohn- und Bildungsstandorts Aargau erfordert gemeinsame Anstrengungen von Kanton, Gemeinden und Bund. Der Regierungsrat und die kantonale Verwaltung arbeiten partnerschaftlich mit den Gemeinden, den Nachbarkantonen, den benachbarten Grenzregionen und dem Bund zusammen, um optimale Lösungen zugunsten der Aargauer Bevölkerung und Wirtschaft zu finden. Bestehende Gefässe der Zusammenarbeit (zum Beispiel Koordinationsgremium Kanton-Gemeinden, Regionalplanungsverbände, «Smart Aargau Services») werden genutzt und bei Bedarf neue Formen der Zusammenarbeit geprüft.



# Finanzielle Langfristperspektive

Die finanzielle Langfristperspektive ergänzt das Entwicklungsleitbild mit einer finanziellen Betrachtung. Sie zeigt den finanziellen Rahmen über die nächsten zehn Jahre, innerhalb dessen die Strategien des Regierungsrats umgesetzt werden sollen.

## Konzept

Das Modell der finanziellen Langfristperspektive stützt sich auf zwei Datenreihen. Die erste Datenreihe basiert auf dem Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2021–2024 und berücksichtigt neue Erkenntnisse zum

laufenden Rechnungsjahr 2021 und zum neuen AFP 2022–2025. Die zweite Datenreihe ist eine Finanzperspektive bis ins Jahr 2030. Diese Daten beruhen auf Annahmen, welche verschiedene Einflussfaktoren berücksichtigen und für jeden Aufgabenbereich individuell berechnet werden.

Die Annahmen zu den demografischen und volkswirtschaftlichen Einflussfaktoren stammen aus der kantonalen Bevölkerungsstatistik und von bekannten Prognoseinstituten. Die aufgabenspezifischen Einflussfaktoren basieren auf der Einschätzung der fachzuständigen Aufgabenbereiche.

## Langfristige Einflussfaktoren 2025–2030

Teuerung		1,0%
Wachstum	Reales Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP)	1,7%
	Nominales Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP)	2,7%
Demografische Entwicklung	Bevölkerungswachstum	1,1%
	Wachstum der Bevölkerung ab 66 Jahren	3,2%
Besondere Einflussfaktoren	z. B. Prämienverbilligungen, Ergänzungsleistungen, Spitalfinanzierung, Verkehr, Schülerwachstum Volksschule sowie Berufsbildung und Mittelschule etc.	diverse

Aus der Verknüpfung der beiden Datenreihen resultiert eine 10-jährige Finanzperspektive für alle 43 Aufgabenbereiche und den gesamten Aargauer Staatshaushalt.

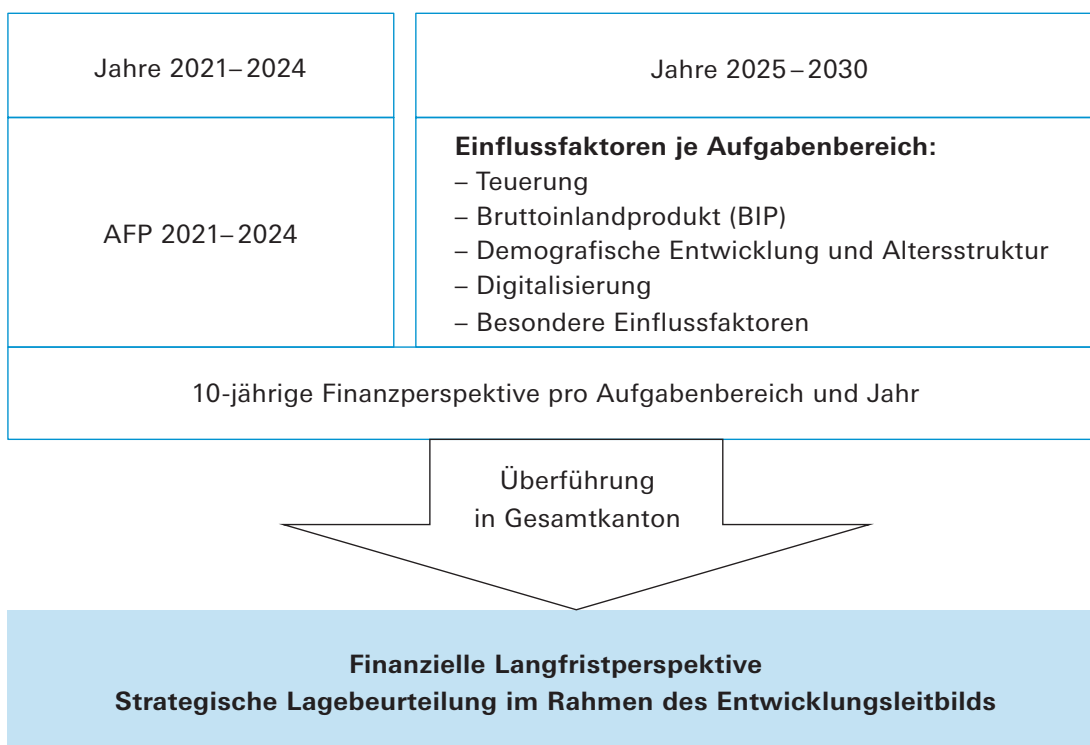
## Finanzielle Ausgangslage

Mithilfe der (inzwischen abgeschlossenen) «Gesamtsicht Haushaltsanierung» konnte der Kantonshaushalt in den letzten Jahren stabilisiert werden. Die Schuldenlast wurde in den letzten vier Jahren um über 500 Millionen Franken reduziert, und ein grosser Teil der erzielten Überschüsse konnte im Sinne einer vorausschauenden Planung in die Ausgleichsreserve eingelegt werden. Dazu

beigetragen haben auch Sondereffekte wie die höheren Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und höhere Ausgleichszahlungen aus dem Nationalen Finanzausgleich (NFA).

Die im Vergleich zum letzten Entwicklungsleitbild 2017–2026 stark verbesserte Finanzlage zeigt sich in der deutlich tieferen Bruttoschuld (–26% seit 2016) wie auch in der Nettoschuld (–70% seit 2016).

### Modell der finanziellen Langfristperspektive



Die aktuelle mittel- und langfristige Planung ist durch die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie geprägt. Vor diesem Hintergrund ist der im November 2020 vom Grossen Rat verabschiedete AFP 2021–2024 als ein Übergangs-AFP zu betrachten. Trotzdem darf der Kanton nicht verharren und muss gesellschaftliche, wirtschaftliche oder ökologische Herausforderungen gleichwohl angehen.

Für das Erstellen der finanziellen Langfristperspektive wurden die Werte für die Jahre 2021–2025 aufgrund der neusten Erkenntnisse (zum Beispiel Auswirkungen Covid-19-Pandemie, Ausschüttungen SNB, Vorgaben auf Bundesebene etc.) aktualisiert. Während für das Rechnungsjahr 2021 ein ausgeglichenes Ergebnis realistisch erscheint, muss zum heutigen Zeitpunkt in den Jahren ab 2022 weiterhin mit Fehlbeträgen gerechnet werden, welche eine Entnahme aus der Ausgleichsreserve erfordern dürften.

Die finanziellen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie inklusive der erwarteten Steuermindererträge sind – soweit schon bekannt – in der finanziellen Langfristperspektive enthalten. Für das Jahr 2021 sind insbesondere der nicht budgetierte Aufwand für die Härtefallmassnahmen für Unternehmen (111 Mio. Franken) und ein Covid-19 bedingter Nettomehraufwand bei den Spitälern (50 Mio. Franken) eingerechnet.

Die Steuern generieren rund die Hälfte des gesamten Ertrags. In der finanziellen Langfristperspektive wird ab 2025 ein Wachstum der Steuereinnahmen im Umfang des nominalen BIP (reales BIP plus Teuerung) angenommen. Die Steuergesetzrevision 2022 ist

gemäss der Botschaft des Regierungsrats vom 31. März 2021 an den Grossen Rat für die erste Beratung berücksichtigt (Erhöhung Pauschalabzug für Versicherungsprämien und Sparkapitalzinsen ab 2022; Senkung oberer Gewinnsteuertarif 2022 bis 2024 in drei Etappen inklusive dynamischer Effekte und befristeter teilweiser Entschädigung der Gemeinden).

Bei den Beteiligungserlösen wurden konstante Ausschüttungen im Ausmass des nominalen BIP-Wachstums eingerechnet. Bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB) entspricht der Grundbetrag gemäss der neuen Ausschüttungsvereinbarung einer doppelten Ausschüttung in der Höhe von 106 Millionen Franken. Für das Budgetjahr 2022 wurde optimistisch eine dreifache Ausschüttung berücksichtigt. Für die Jahre ab 2023 ist jeweils der neue Grundbetrag über rund 106 Millionen Franken pro Jahr berücksichtigt. Gemäss Nationalbank ist eine Ertragsprognose für die kommenden Jahre schwierig. Sie verweist dabei auf ihre hohe Bilanzsumme von 1000 Milliarden Franken und ihre Aktivseite, die fast ausschliesslich aus Anlagen in Fremdwährungen besteht.

Die Ausgleichszahlungen durch den Nationalen Finanzausgleich (NFA) basieren auf den Prognosen von BAK Economics AG. Mit der Berücksichtigung des neuen Bemessungsjahres 2018 muss im Vergleich zur bisherigen Planung ab 2022 mit etwas tieferen Ausgleichszahlungen gerechnet werden. Aufgrund der neuen Berechnungsparameter infolge der Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) dürften die Beitragszahlungen ab 2024 vorübergehend bis ca. 2026 stark abnehmen.

## Ergebnis der finanziellen Langfristperspektive 2021 – 2030

Die nachfolgende Abbildung zeigt den Saldo der für die Schuldenbremse massgebenden Finanzierungsrechnung von 2021 bis 2030. Positive Werte bedeuten einen Aufwandüberschuss (Defizit), negative Werte einen Ertragsüberschuss.

Ohne Verwendung der Ausgleichsreserve würde der Finanzhaushalt mittelfristig stark belastet. Die Fehlbeträge in der finanziellen Langfristperspektive sind mit Blick auf den hohen Bestand der Ausgleichsreserve von aktuell 772 Millionen Franken (gemäss Antrag Regierungsrat mit der Jahresrechnung 2020) zu relativieren. Dank der Ausgleichsreserve kann eine vorübergehende, zeitlich begrenzte Defizitphase ausgeglichen werden, ohne dass eine Neuverschuldung entsteht. Im Jahr 2030 zeigt die Finanzperspektive auch ohne Entnahmen aus der Ausgleichsreserve einen ausgeglichenen Finanzhaushalt.

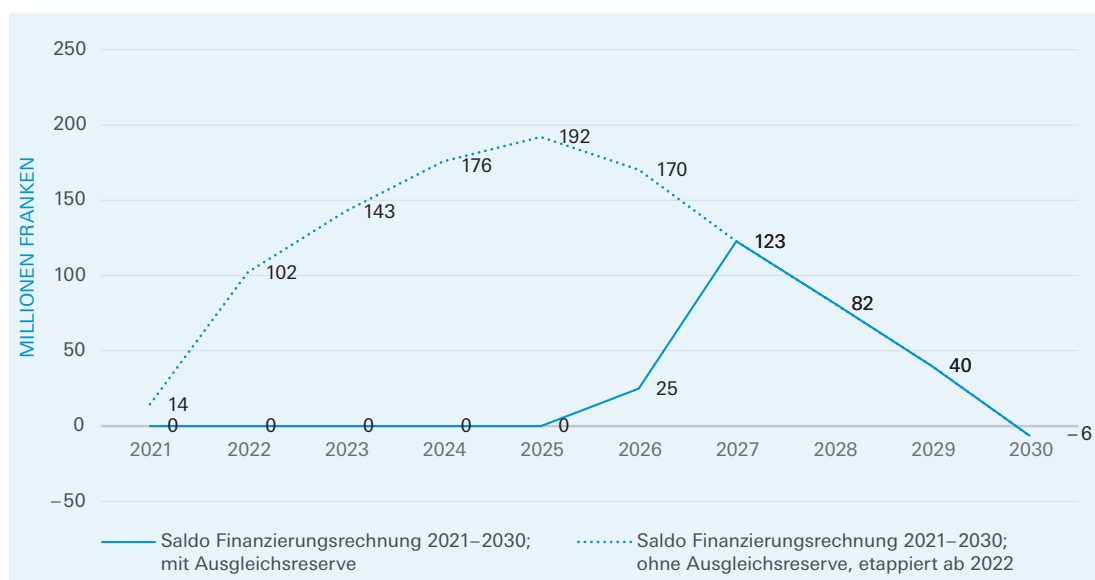
In dieser Abbildung sind allfällige Mehrerträge infolge zusätzlicher SNB-Ausschüttungen oder höherer Steuereinnahmen ebenso unberücksichtigt wie aufwandseitige Budgetunterschreitungen, wie sie in den vergangenen Jahren jeweils erfreulicherweise angefallen sind. Damit könnten die vorübergehende Belastung des Finanzhaushalts reduziert oder weitere Einlagen in die Ausgleichsreserve vorgenommen werden, um die in der Finanzperspektive ausgewiesenen Fehlbeträge in

den Jahren 2026 bis 2029 ebenfalls zu decken.

Das Ergebnis der finanziellen Langfristperspektive basiert auf Annahmen und stellt eine Momentaufnahme dar. Die Basisdaten unterliegen einer hohen Dynamik (zum Beispiel Konjunktur, Verlauf Covid-19-Pandemie, politische Entscheide etc.). Dennoch ermöglicht die finanzielle Langfristperspektive den zum aktuellen Zeitpunkt bestmöglichen Ausblick in die finanzielle Entwicklung der kommenden Jahre. Im Vergleich mit einer reinen Hochrechnung der letzten Jahre oder des letzten AFP bietet sie eine deutlich bessere Entscheidungsgrundlage.

Die aufwand- und ertragsseitigen Chancen und Risiken sind schwer einzuschätzen. Die Aufwandentwicklung ist per se weniger volatil und von Sondereffekten betroffen als die Ertragsseite. Die grösste unbekannteste Position in der Langfristperspektive sind die künftigen SNB-Ausschüttungen. Mit Blick auf die neue Gewinnausschüttungsvereinbarung der SNB können die Ausschüttungen jährlich zwischen 0 bis 312 Millionen Franken variieren. Mit der eher vorsichtigen Planung des Grundbeitrags wird den grossen Unsicherheiten und dem grossen Schwankungspotenzial im Sinne einer nachhaltigen und vorausschauenden Finanzpolitik Rechnung getragen. Zusatzausschüttungen sind als wünschbare Sondereffekte zu betrachten, die der Stabilisierung der Bilanz – zum Beispiel durch die Bildung von Reserven – oder dem Schuldenabbau dienen sollten. Wiederkehrende Ausgaben dürfen damit nicht getätigt werden.

## Saldo Finanzierungsrechnung 2021–2030; mit und ohne Ausgleichsreserve



## Finanzpolitische Standortbestimmung

Im Rahmen seiner finanzpolitischen Lagebeurteilung kommt der Regierungsrat zum Schluss, dass der Finanzhaushalt des Kantons auf einem stabilen Fundament steht. Die Schulden konnten in den letzten vier Jahren stark reduziert werden, und die Ausgleichsreserve wurde erhöht. Damit verfügt der Kanton über einen politischen Handlungsspielraum und über gute Voraussetzungen für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen.

Das Ergebnis der finanziellen Langfristperspektive zeigt, dass der Finanzhaushalt gegen Ende der nächsten zehn Jahre – auch ohne Mittel der Ausgleichsreserve – wieder ausgeglichen ist. Dank der Ausgleichsreserve können kurz- bis mittelfristige Defizite aufgefangen werden. Gleichzeitig schafft sie den nötigen Handlungsspielraum, um in die Standortattraktivität des Kantons investieren und wichtige politische Vorhaben umsetzen zu können.





